

Bochum, den 19.03.2025

## Opt-Out Lösung für „Bezahlkarte“ in Bochum

### Erklärung des „Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum“

In der kommenden Sitzung des Rates der Stadt Bochum am 03.04.2025 soll über die Beschlussvorlage der Verwaltung über die „Anwendung der Opt-Out Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete in Bochum“ entschieden werden. Eingebracht wird dieser Beschluss seitens der Bochumer Verwaltung, welche dafür plädiert, die Bezahlkarte in Bochum gemäß der Opt-Out Regelung *nicht* einzuführen.<sup>1</sup> **Als Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum begrüßen wir dies ausdrücklich und fordern die Fraktionen im Rat dazu auf, der Beschlussvorlage zuzustimmen und eine Bezahlkarte somit zu verhindern.**

Bereits vor einem Jahr hatten wir uns gemeinsam mit über dreißig Organisationen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Bochum in einem offenen Brief an Herrn Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Frau Dezernentin Britta Anger sowie die Ratsmitglieder der Stadt Bochum gewandt.<sup>2</sup> Uns war schon damals klar, dass eine Bezahlkarte verhindert werden muss und wir sehen nun die Beschlussvorlage der Verwaltung als Bestätigung unseres Engagements. Gegen die Einführung einer Bezahlkarte sprechen unterschiedliche Gründe, auf die wir bereits im Offenen Brief hingewiesen haben:

*Erstens* argumentieren die Befürworter\*innen der Bezahlkarte mit einer Minimierung des Verwaltungsaufwandes, was jedoch anzuzweifeln ist. Auch die Bochumer Verwaltung verweist in der Beschlussvorlage nun auf den verwaltungstechnischen Mehraufwand, den eine Umstellung der Auszahlung von Sozialleistungen von einem Basiskonto hin zur Bezahlkarte führen würde.

*Zweitens* ist die Bezahlkarte diskriminierend, da sie als Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahme eingesetzt werden kann und absehbar verfassungswidrig ist. Beispielsweise könnten Geflüchteten über ihre Leistungen nicht mehr frei verfügen und auch das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz wird durch die Bezahlkarte eingeschränkt, da Rechtsanwält\*innen meist auf Ratenzahlung per Überweisung setzen. Die fehlende Rechtssicherheit wird auch von der Bochumer Verwaltung angeführt, da „nicht absehbar [ist], wie die Gerichtsbarkeit auf die Einführung der Bezahlkarte“ reagieren wird (vgl. Beschlussvorlage Nr. 20250437).

**Die Bezahlkarte steht der gesellschaftlichen Teilhabe und der Integration geflüchteter Menschen in Bochum eindeutig entgegen. Aus diesen Gründen begrüßen wir den Vorstoß für eine Opt-Out Lösung und gehen davon aus, dass eine Mehrheit im Rat in der kommenden Sitzung der Beschlussvorlage zustimmen wird.**

Gleichzeitig möchten wir jedoch darauf hinweisen, dass die Opt-Out Lösung nur diejenigen geflüchteten Menschen betrifft, die bereits der Kommune Bochum zugewiesen wurden. Für die Geflüchteten, die in Bochum in einer Landesunterkunft untergebracht sind, wird die Bezahlkarte definitiv eingeführt - ungeachtet der diskriminierenden Konsequenzen. Auch auf der Landesebene werden wir uns deshalb über die kommunale Zuständigkeit hinaus dafür einsetzen, dass die Bezahlkarte für *alle* in Bochum lebenden geflüchteten Menschen abgeschafft wird.

Wir sehen der kommenden Ratssitzung positiv entgegen und befürworten, dass die Stadt Bochum die vom Land ermöglichte „Opt-Out Lösung“ zur Abstimmung stellt und so kommunale Handlungsspielräume im Sinne der Rechte von Geflüchteten genutzt werden.

<sup>1</sup> Beschlussvorlage der Verwaltung, Nr.: 20250437, abrufbar unter: [https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UG-hVM0hpd2NXNFdFcExjZZwkgR0YiCJ7kBHPxd0rfsdf28Q1EgxAOTqfYbEaJ6/Beschlussvorlage\\_der\\_Verwaltung\\_20250437.pdf](https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UG-hVM0hpd2NXNFdFcExjZZwkgR0YiCJ7kBHPxd0rfsdf28Q1EgxAOTqfYbEaJ6/Beschlussvorlage_der_Verwaltung_20250437.pdf)

<sup>2</sup> Der offene Brief „Keine Bezahlkarte für Geflüchtete in Bochum“ vom 12.03.2024 befindet sich im Anhang.